

Nr.: 268-XVI./2021

■ Dezernat	III - Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik	08.10.2021
■ Fachbereich	Verkehr	
■ Verfasser/-in	Munzig, Doris	
■ Telefon	07621 410-3400	

Beratungsfolge	Status	Datum
Umweltausschuss und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	öffentlich	16.11.2021
Kreistag	öffentlich	01.12.2021

Tagesordnungspunkt

Fahrerlaubnis/ÖPNV; Vision Zero Land Baden-Württemberg, Kostenbeteiligung

Beschlussvorschlag

Der Landkreis beteiligt sich gemeinsam mit der Regio Verkehrsverbund Lörrach GmbH (RVL) an der Landesaktion „Führerscheinrückgabe gegen Senioren-Jahresticket“. Hierfür werden im Haushalt 2022 Mittel von bis zu 35.000 € zur Verfügung gestellt.

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	4	Mobilität, Umwelt Strukturpolitik
Produktgruppe	12.21 54.70	Verkehrswesen ÖPNV
Produkt(e)	12.21.07 54.70.01	Bearbeitung von Fahrerlaubnissen ÖPNV / Förderung der ÖPNV-Infrastruktur

Wirkungsziel /
beabsichtigte Wirkung
(Was soll erreicht werden?)

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist in Bezug auf Verkehrslenkung, -regelung und -überwachung sowie in Bezug auf die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Straßenverkehr gewährleistet.

Der Landkreis Lörrach sorgt für einen bedarfsgerechten, günstigen und komfortablen Öffentlichen Nahverkehr, auch grenzüberschreitend in der Agglomeration Basel.

■ **Klimawirkung:** positiv neutral negativ keine

■ **Personelle Auswirkungen:** nein ja, ggf. Erläuterung

■ **Finanzielle Auswirkungen:** nein ja,

im Ergebnishaushalt

Aufwand	Ertrag	einmalig in	wiederkehrend
35.000 €	€	2022	

im Finanzhaushalt

Investitions- kosten brutto	Zuschüsse u. ä.	Investitions- kosten LK netto	zeitliche Umsetzung
€	€	€	

Mittelbereitstellung - in EUR -

ErgebnisHH		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Erträge	17					
	Personalaufwand						
	Sachaufwand				35.000		
	Kalk. Aufwand						
Plan	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand						
	Kalk. Aufwand						
FinanzHH investiv		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Einzahlung						
	Auszahlung						
Plan	Einzahlung						
	Auszahlung						

■ **Deckungsvorschlag** (wenn Mittelbedarf größer als Plan)

Begründung

■ Sachverhalt

Das Land Baden-Württemberg bekennt sich seit längerem zur Vision Zero, einem Straßenverkehr ohne Getötete und Schwerverletzte. Als Zwischenziel soll die Zahl der Verkehrstoten bis 2030 um 60% gegenüber 2010 reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es zielgruppenspezifischer Maßnahmen.

Über ein Drittel der am Straßenverkehr tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmenden sind Seniorinnen und Senioren (65 Jahre und älter). Damit nimmt die Beteiligungsrate an Verkehrsunfällen mit Getöteten einen überproportional höheren Anteil im Vergleich zur Bevölkerungsquote dieser Altersgruppe von rund 20% ein. Angesichts des demografischen Wandels in den kommenden Jahren wird die Anzahl der Verkehrsteilnehmenden der Generation 65+ weiter zunehmen. Daher kommt der mobilen Versorgung der Seniorinnen und Senioren auf dem Weg zur Erreichung der Vision Zero eine große Bedeutung zu.

Mit fortschreitendem Alter droht die Fahrkompetenz durch Leistungseinbußen beim Sehen, Hören, in der Beweglich- und Reaktionsfähigkeit oder durch Einfluss von Krankheit oder Medikamenten nachzulassen. Sind Seniorinnen und Senioren an Verkehrsunfällen beteiligt, sind diese in etwa 60% als Unfallverursacherin und Unfallverursacher aufgetreten.

Die Verkehrsverbünde in Baden-Württemberg eröffnen auf der Grundlage eines Kooperationsvertrags mit dem Land allen Personen ab 65 Jahren bzw. Personen im Alter von mindestens 60 Jahren, die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, Ruhegehalt aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder Bezüge aus einer berufsständischen Versicherung beziehen, die Möglichkeit ein einmaliges kostenloses Jahresticket/-abo zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu erhalten. Voraussetzung für den Bezug des kostenlosen Angebotes sind ein Erstwohnsitz im jeweiligen Verbundgebiet sowie der dauerhafte Verzicht der betreffenden Seniorinnen und Senioren auf die Fahrerlaubnis durch Verzichtserklärung gegenüber der Fahrerlaubnisbehörde.

Durch das Projekt soll Seniorinnen und Senioren der Zugang zum ÖPNV erleichtert und das Bewusstsein geweckt werden, dass der ÖPNV, insbesondere in eine attraktive und nachhaltige Alternative zum Individualverkehr darstellt und der Besitz der Fahrerlaubnis bzw. eines Fahrzeugs keine Voraussetzung für den Erhalt der Mobilität ist. Durch diesen Anreiz sollen die Nutzung umweltfreundlicher ÖPNV-Angebote erhöht, der motorisierte Individualverkehr der Generation 65+ reduziert und die Verkehrssicherheit erhöht werden.

Das kostenlose Angebot wird von den ausgebenden Verkehrsverbänden getragen. Das Land beteiligt sich an den hierdurch anfallenden Kosten mit bis zu 3 Mio. € (reine Ticketkosten, also ohne Regiekosten).

Die Verkehrsverbünde verpflichten sich in Kooperation mit den Fahrerlaubnisbehörden (im Landkreis Lörrach: Führerscheinstelle beim Landratsamt) in ihrem jeweiligen Verbund ein kostenloses Angebot bei nachgewiesener Rückgabe der Fahrerlaubnis zu machen. Dazu muss sich der Landkreis gemeinsam mit der Regio Verkehrsverbund Lörrach GmbH (RVL) an der Kooperationsvereinbarung und an den Kosten der Jahrestickets/-abos beteiligen mit folgenden Vereinbarungen:

- Projektzeitraum: 01.12.2021 – 31.08.2022
- Land trägt grundsätzlich 50% des Verkaufspreises der Jahreskarten/-abos bis zum Maximalbetrag i.H.v. 3 Mio. €

- Verhandlungsergebnis zwischen Verwaltung und RVL:
restliche Kosten von bis zu 200 Senioren-Jahreskarten werden jeweils hälftig getragen,
sofern die Landesfinanzierung erfolgt (maximaler Gesamtbetrag 70.000 €)

Die Verwaltung empfiehlt, dass der Landkreis die Initiative unterstützt und den Seniorinnen und Senioren im Landkreis die Teilnahme an der Aktion ermöglicht. Eine frühere Kampagne ähnlicher Art im Landkreis kann als erfolgreich gewertet werden (ca. 150 Führerscheintrückgaben). Auch wird ein Eintausch gegen ein ÖPNV-Ticket immer wieder einmal bei der Führerscheinstelle angefragt. Mit Blick auf die Kooperation beim Aufwand stellt die Kampagne überdies eine günstige Möglichkeit zur Bewerbung des ÖPNV im Landkreis dar.

Marion Dammann
Landrätin

Ulrich Hoehler
Erster Landesbeamter